



Initiative und politische Vernunft

Bilanz der SPD-Kreistagsfraktion, Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräbner:

„Mit uns bewegt sich was. Mit uns Sozialdemokraten stellt sich die Politik im Landkreis Aschaffenburg den Herausforderungen unserer Zeit“. Wir haben mit zielgerichteten Initiativen den Landkreis in der Umwelt- und Energiepolitik voran gebracht: Die wesentlichen regionalen Beiträge zur Energiewende tragen die Handschrift der SPD-Kreistagsfraktion“.

Zukunftsfähige Energiepolitik

„Zukunftsfähige Energiepolitik im Landkreis trägt die Handschrift der SPD, dies wird deutlich durch Initiativen für erneuerbare Energien und intelligentes Energiemanagement“. Mit unseren Anträgen legten wir den Fokus auf

- Photovoltaik und Blockheizkraftwerke für Kreis-Liegenschaften insbes. auch für die Realschule Großostheim,
- auf mögliche Standorte für Windkraft, Geothermie und Wasserkraftwerke im Landkreis,
- Energiesparmaßnahmen in kreiseigenen Liegenschaften, auch in Zusammenhang mit **Projekten an Schulen, um dort** energiebewusstes Verhalten zu schulen und Einsparpotentiale aufzuzeigen.
In diese Kerbe hat der Landkreis in der Zwischenzeit geschlagen und ganz aktuell mit dem Projekt „Ökoprofit“ (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik) an den landkreiseigenen Realschulen und Gymnasien begonnen
- Einführung von Energiespar-Contracting (Übertragung von Aufgaben an externe Dienstleister).
- Keine Alternative sahen wir im Ausbau großer **Kohlekraftwerke wie etwa Staudinger** in Großkrotzenburg“. Dies ist eines der Themen, die sich durch die nach Fukushima eingeläutete Energiewende von selbst erledigt. Der EON-Konzern hat seine Ausbaupläne zum Block 6 aufgegeben.

Erfolgreich waren wir mit dem Antrag auf Gründung einer Energieagentur. Gemeinsam mit dem Landkreis Miltenberg und der Stadt Aschaffenburg ist die Energieagentur an die Zentec GmbH angeschlossen worden. Der regionale Energiemanager ist bereits eingestellt.

Wir stehen für praktizierten Klimaschutz. Deshalb hatten wir mit dem Antrag zur **Wärmedämmung und Steigerung der Energieeffizienz** in Privathäusern erfolgreich eine Projektgruppe „Prima Klima“ initiiert.

Gemeinsam hätten die Fraktionsvertreter – von der SPD war dabei: Kreisrat Wolfgang Brehm (Waldschaff) - für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Broschüre „Energieberatung im Landkreis Aschaffenburg“ erarbeitet.

„Früher als Andere“ haben wir nach Fukushima die Zeichen der Zeit erkannt und in einem Resolutionsentwurf an den Kreistag den **Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke** gefordert.



Schulpolitik

Ein besonderes Highlight in der Schulpolitik war für uns der **Neubau der Realschule in Großostheim** an. Die Gründung einer weiteren Realschule im Landkreis hatten wir lange gefordert. Das 24-Millionen-Euro-Projekt ist für uns ein entscheidender Faktor für die Bildungsgerechtigkeit innerhalb des Landkreises.

Unterstützung fanden die Befürworter dieses vierten Realschulstandortes in der dort gegründeten Schulinitiative. In besonderem Maße hat sich hier Bettina Göller, SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Bürgermeisterkandidatin eingebracht.

Ihr und Ihren Mitstreitern/innen verdanken wir, dass dieses Projekt erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Gestritten hatten wir im Kreistag auch für eine pädagogisch vollwertige Modernisierung der **Pestalozzi-Förderschule in Hösbach**. Kreisrätin Heike Eisert hat sich hier besonders eingesetzt. Sie betonte damals in der Kreistagssitzung, dass ein Umbau nicht ausreiche. Sie sagte damals ganz deutlich: „Wir dürfen den Aufwand für Regel- und Förderschule nicht nach zweierlei Maßstäben messen“. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag konnten wir mit unseren Stimmen die Streichung des Anbaus für die Mittagsbetreuung aus den Plänen nicht verhindern.

Unverdrossen hatten wir uns der Entscheidung im Kreistag widersetzt, die Verantwortung für die **Fachakademie für Sozialpädagogik** an einen konfessionell gebundenen Träger abzugeben. Kommunale Träger in Unterfranken hätten ähnliche Angebote der Caritas aus guten Gründen ausgeschlagen. Wir waren und sind auch heute noch der Auffassung, dass nur eine Kommunale Trägerschaft die notwendige Angebotsbreite, Attraktivität, Pluralität und letztlich auch den Bestand der Fachakademie sichert.

Wir haben die Übernahme von Schulgeldzahlungen für die **Altenpflegeausbildung an der Hans- Weinberger-Akademie** beantragt, denn es ist eine Ungleichbehandlung, wenn der Landkreis für die Studierenden an der FAKS das Schulgeld übernimmt, aber nicht für die Altenpflegeschüler.

Der kommunale Schulgeldersatz für die Hans Weinberger Akademie durch den Landkreis Aschaffenburg soll hier eine Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler schaffen, denen wegen Privater Trägerschaft Schulgeldzahlungen abverlangt werden. Unser Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler für ihre Berufsausbildung nicht noch Schulgeld zahlen müssen.

Dies gilt umso mehr für einen Beruf, der aufgrund der demografischen Entwicklung erheblichen Personalbedarf aufweist, so auch bei uns im Landkreis. Der Mangel an ausgebildeten Kräften in der Altenpflege betrifft den stationären Bereich ebenso wie die ambulante Pflege.

Jugendarbeit:

Sehr am Herzen liegt uns die in jahrelanger Überzeugungsarbeit erstrittene **Stelle für Jugendsozialarbeit an der Berufsschule III**. Im Schuljahr 2009/10 wurde diese erstmals befristet genehmigt. Das Angebot steht seit dem Schuljahr 2011/2012 dauerhaft zur Verfügung



Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft ist eines der Themen bei denen alle Bürger/innen im Landkreis betroffen sind.

Diese direkte Bürgerbetroffenheit sowie umweltpolitische und wirtschaftliche Aspekte führten in der Fraktion zu einer besonderen Betrachtung dieses Themenschwerpunktes.

Wir hatten uns deutlich für eine **Verbesserung der Wertstoffrücknahme** im Landkreis“ ausgesprochen. Aktiv beteiligt haben wir uns bei der Ideensammlung, wie man bei der Altmetallsammlung und beim Elektroschrott Diebstähle verhindern kann. Im nächsten Jahr findet im Bereich Hösbach ein Pilotversuch statt.

Wenn es uns gelingt die Diebstähle zu verringern und zudem die Recyclingquote im Bereich der Wertstoffe zu erhöhen, profitieren die Gebührenzahler im Landkreis weiter durch dauerhaft niedrige Abfallgebühren.

Unser in Umweltfragen besonders engagierter Kreisrat Wolfgang Jehn aus Großostheim hatte mehrfach in der fast abgeschlossenen Wahlperiode die **Senkung der Müllgebühren** beantragt. Dies hätte man durch steigende Erlöse aus den guten Rohstoffpreisen finanzieren können.

Bereits 2010 zu Beginn des Kalkulationszeitraums hatten wir eine vorsichtige Gebührensenkung von 5 Euro pro ausgegebener Restmülltonne beantragt. Zu diesem Zeitpunkt war schon absehbar, dass Gebührenüberdeckungen erwirtschaftet werden.

Zuletzt hat die **SPD Anfang 2013 die Senkung der Müllgebühren um 15 Prozent** beantragt, denn nachdem im Jahr 2013 der Kalkulationszeitraum der Müllgebühren abläuft, bestätigt sich nach unseren Berechnungen (rund 4 Mio. Euro) eine ansehnliche Überdeckung.

Mit dem darauf folgenden Antrag haben wir die **Einführung der kreiseigenen Textilsammlung vorgeschlagen**.

Wir meinen, dass es Sinn macht, die sehr große Rohstoff-Fraktion der Textilien (einschließlich Schuhe) einzusammeln und finanziell zu verwerten. Auch diese weitere Einnahmequelle wird die Müllgebühren nachhaltig niedrig halten.

Die Textilien sind derzeit stark umkämpft - nahezu wöchentlich ist zu beobachten, wie sich private und gewerbliche Betreiber landkreisweit der ca. 1.700 Tonnen textilen Rohstoffe bemächtigen und dem Landkreis damit Erlöse in einer Größenordnung von etwa 350.000 Euro entgehen.

Dies soll nicht zu Lasten der karitativen Sammlungen gehen. Hier muss eine vergleichbare Regelung wie bei der Handhabung bei den Vereinssammlungen von Altpapier gefunden werden (Zahlung einer finanziellen Zuwendung).

Aufgrund der kostenintensiven Aufgaben des Landkreises für die **Deponienachsorge** in Stockstadt Sorge zu tragen, hatten wir auch zu diesem Thema Vorschläge erarbeitet. Wir versuchten neue Wege zu gehen. Statt zu versiegeln, hatten wir überlegt, diese Altdeponie als Wertstoffreserve (Urban Mining) in Betracht zu ziehen. Leider kann man diese Idee speziell auf die Aschaffenburg Kreismülldeponie nicht umsetzen.



Daseinsvorsorge

Viel erreicht haben wir in der kommunalen Daseinsvorsorge:

Hier sind wir stolz darauf, dass die SPD Fraktion in der Verbandsversammlung des Klinikums die **Einrichtung einer Kindertagesstätte mit Krippe am Klinikum in Aschaffenburg** beantragt hat. In Betrieb genommen wurde diese Einrichtung zum Jahresbeginn 2011.

Ein Zeichen der Humanität setzte die SPD auch in 2009 indem wir die Initiative für die **kostenlose Behandlung von Kindern** aus Krisengebieten **am Klinikum** in Zusammenarbeit mit dem Friedensdorf International initiiert haben.

Ein besonders wichtige Thema ist für uns die: Rechtsformänderung des Krankenhauses Wasserlos und des Klinikums -notwendige Vorgehensweise:

Die SPD – Kreistagsfraktion hat daher in der Vergangenheit immer wieder den Anstoß gegeben, dass es für die Zukunftsfähigkeit des Kreiskrankenhauses Wasserlos unerlässlich ist, sich einer Rechtsformänderung zu stellen. Aufgrund der Größe – gemessen an der Bettenzahl – des Kreiskrankenhauses ist es für dessen Überlebensfähigkeit besonders wichtig über eine Verzahnung mit dem Klinikum Aschaffenburg nachzudenken.

Nur durch Kooperationen von Kliniken unter Vereinbarung von Spezialisierungen sind Synergie-Effekte und Kostensenkungen zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit möglich sind.

Die Entwicklungsmöglichkeiten haben wir umfassenden mit den Beteiligten diskutiert. Für die SPD – Fraktion steht die Richtung - die das Klinikum als auch das Krankenhaus Wasserlos gehen soll, fest: Wir sind für die schrittweise Entwicklung der Rechtsform zu einer „Ein-GmbH“ und damit zu einem Zusammenschluss beider Häuser.

Das Krankenhaus Wasserlos muss beispielsweise ein Haus der Grund- und Regelversorgung bleiben; dessen Leistungsfähigkeit auf der Basis von drei Fachabteilungen wie z. B. Chirurgie, Innere Medizin und die Geriatrie unbedingt erhalten bleiben muss.

Ein tragfähiges Konzept mit dem Klinikum Aschaffenburg muss dies und darüber hinaus die Besonderheiten des Kreiskrankenhauses in Bezug auf die erfolgreich geführten Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten berücksichtigen.

Hohe Priorität hat auch die Arbeitsplatzsicherung der Beschäftigten des Kreiskrankenhauses mit Tarifbindung, die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten und Sicherstellung konstruktiver Vereinbarungen zum medizinischen Leistungsgeschehen.

Noch in diesem Jahr finden dazu weitere Gespräche statt, die ich als Fraktionsvorsitzende selbst begleiten werde.



Feuerwehren

Auf die Initiative des SPD-Kreisrats und Bürgermeisters von Weibersbrunn, Herbert Rüppel, können die Feuerwehren seit 2009 mit **höheren Zuschüssen für überörtlich einsetzbare Feuerwehrfahrzeuge und Gerätschaften** kalkulieren. Davon profitieren alle Stützpunktfeuerwehren und Wehren mit überörtlichen Aufgaben im Landkreis.

Im Weiteren haben mit einer erfolgreichen Initiative zur **Schaffung einer Stelle für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) bei der Kreisbrandinspektion Zeichen gesetzt**: „Damit gewinnen alle, vor allem die Freiwilligen Feuerwehren, weil die FSJ-Kraft sich speziell um die Nachwuchsförderung kümmert“.

Inzwischen wurde das FSJ abgeschafft und durch den **Bundesfreiwilligendienstes ersetzt**.

Auch der schon vor vielen Jahren von der SPD-Fraktion beantragte Aufbau einer integrierten Rettungsleitstelle ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Die Leitstelle wurde gemeinsam mit der Stadt Aschaffenburg an die dortige „Ständige Wache“ der Feuerwehr Aschaffenburg angegliedert. Die Einweihung war im Frühjahr 2013.

Straßenbau

Aktuell haben wir für **das Haushaltsjahr 2014 die Erhöhung der Mittel für die Straßenbauunterhaltung beantragt**. Aus den Erkenntnissen der in diesem Jahr seitens der SPD-Kreistagsfraktion durchgeführten Kreisstraßenbereisung ergibt sich die Notwendigkeit einer nachhaltigen Erhöhung der Mittel für den Straßenunterhalt. Angesichts der nur 25 bis 30 Jahre kurzen Lebensdauer der Straßendecken und der Verpflichtung des Landkreises ein rund 150 Kilometer langes Kreisstraßennetz in stand zu halten, müssen unbedingt die Mittel von derzeit 500.000 Euro adäquat erhöht.

In Zusammenarbeit mit der **SPD-Gemeinderatsfraktion Stockstadt** haben wir **Tempo 30 zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Kreisstraße AB 16 zwischen Leonharduskirche und Gersprenzbrücke beantragt**.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in diesem Bereich und insbesondere zur Reduzierung der Lärmbelastung der Anwohner stellte bereits die SPD - Gemeinderatsfraktion an die Gemeinde Stockstadt den Antrag auf Ausweisung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 im Bereich der nördlichen Ortsausfahrt auf der Hauptstraße zwischen Kreisel am Ortseingang und der Leonharduskirche.

Da der Landkreis Aschaffenburg verantwortlich für die Kreisstraße ist, hatte die SPD-Kreistagsfraktion parallel dazu den Antrag an die Landkreisverwaltung auf Anordnung von Tempo 30 gestellt.

Ausblick

Liebe Genossinnen und Genossen,
beim Zusammenstellen dieser Bilanz ist mir eigentlich erst bewusst geworden, was wir doch alles über unsere Initiativen auf die Beine gestellt haben.



SPD - Kreistagsfraktion

Ich denke, es ist nicht arrogant zu sagen, dass die Fraktion auf die geleistete Arbeit stolz sein darf.

In diesem Sinne werden wir weiter arbeiten. Wir wollen auch in Zukunft mit unseren Initiativen und politischer Vernunft konstruktiv die Entwicklung des Landkreises mitgestalten:

„Unser Team leistet dafür fachlich fundierte Arbeit mit einem kritischen Blick für das Mögliche und Erreichbare.“

Verantwortlich für den Inhalt:

Brigitte Gräbner
Fraktionsvorsitzende